

Geschwächter Präsident?

Die Türkei nach dem gescheiterten Militärputsch

YAŞAR AYDIN

Geboren 1971 in Artvin (Türkei), Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der HafenCity Universität in Hamburg. Neben Fachbeiträgen schreibt er Kommentare für türkische („Hürriyet Daily News“) und deutsche Zeitungen („Der Freitag“).

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 starteten Teile der türkischen Streitkräfte einen Militärputsch. Kaum jemand hatte mit einer solchen Entwicklung gerechnet, denn die über Jahrzehnte herrschende Unantastbarkeit der Militärs bestand nach den Prozessen gegen die nationalistische Untergrundorganisation Ergenekon (2008) und die Schlaghammer-

Strafprozesse (2010) längst nicht mehr; der militärische Einfluss in Staat und Zivilgesellschaft war durch den Machtaufbau der AKP-Regierung sowie Gesetzesänderungen endgültig gebrochen. Außerdem erzeugte die Hegemonialstellung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP), vor allem aber Erdoğan's starker Zugriff auf die Partei und den Staat das Bild eines allmächtigen Staatspräsidenten.

Deswegen kam nach der Vereitelung des Putschversuches schnell die Vermutung auf, dass es sich um eine Inszenierung gehandelt haben könnte.

Einige verwiesen auf den angeblichen Dilettantismus der Putschisten und auf Ungereimtheiten in der Ereignis- und Handlungskette. Vor allem aber erhielt die These dadurch Vorschub, dass Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinem Triumph über die Putschisten, der Mobilisierung der Massen sowie seinem Zugriff auf Justiz, Polizei und Militär auf dem Gipfel seiner Macht angekommen zu sein schien. Was könnte ihn jetzt noch von seinem Ziel, das Präsidialsystem einzuführen, abhalten?

Vieles spricht indes dagegen, dass es sich bei dem Putschversuch um eine Inszenierung Erdoğan's gehandelt haben könnte, die es ihm erlaubte, seine Widersacher in Militär, Bürokratie und Politik aus dem Weg zu räumen. Erstens können sich bei einem inszenierten Putsch Dynamiken entwickeln, die schnell außer Kontrolle geraten. Dies dürfte für einen Machtpolitiker wie Erdoğan kein Geheimnis sein. Zweitens lässt die Dimension der Vorgänge in der Putschnacht schwerlich auf eine Inszenierung schließen: die Bombardierung des Parlaments durch die Kampfjets der türkischen Luftwaffe, Zusammenstöße zwischen Zivilisten und Offizieren sowie unter Polizisten, Offizieren und Spezialeinheiten, bei denen knapp 300 Menschen ums Leben kamen und über 2.000 Personen verletzt wurden. Schließlich wirkte Erdoğan in den ersten Stunden nach dem Putschversuch nicht unbedingt wie jemand, der alles unter Kontrolle hatte. Der vereitelte Putsch legte im Gegenteil offen, dass Erdoğan den Staat eben doch nicht vollständig im Griff hat. Doch welche Kräfte standen tatsächlich hinter dem vereitelten Putschversuch, und womit lässt sich das Scheitern erklären?

WER DEN UMSTURZ WOLLTE

Staatspräsident Erdoğan machte das islamische Netzwerk um den seit 1999 im US-Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich und kündigte an: „Sie werden einen sehr hohen Preis für diesen Verrat zahlen.“ Gülen dagegen verurteilte den Putschversuch und wies jede Verantwortung von sich. Es ist allgemein bekannt, dass die AKP-Regierung bis zum Zerwürfnis mit Gülen über Jahre hinweg wichtige Stellen in der Bürokratie, der Justiz und den Sicherheitsorganen mit Gülen-Anhängern besetzt hatte. Trotz politischer Differenzen wurden die AKP-Regierung und das Gülen-Netzwerk damals durch einen gemeinsamen Feind zusammengehalten: durch die Opposition gegen einen historischen Block, bestehend aus säkularen, nationalen Generälen, Staatseliten und westlich orientierten Großunternehmen. Nachdem die Macht dieses säkular-nationalen Blocks gebrochen war, die AKP ihre Hegemonie errichtet und die Militärs unter zivile Kontrolle gebracht hatte, verschwand auch ihr Interesse, die Macht mit Gülen zu teilen. Seit Herbst 2013 geht die AKP-Regierung im Bildungssystem – einem zentralen Rekrutierungs- und Finanzierungsfeld der Gülen-Bewegung –, in der

zivilen sowie Sicherheitsbürokratie, der Wirtschaft und den Medien offen gegen das Gülen-Netzwerk vor. Zahlreiche Vorbereitungsschulen wurden geschlossen, die Tageszeitung *Zaman* und die Privatbank Bank Asya staatlicher Kontrolle unterstellt.

Solche Maßnahmen haben das Gülen-Netzwerk finanziell geschwächt und seine Sympathisanten in der Armee motiviert, sich den Putschisten anzuschließen. Die Verhaftungswelle deutet jedoch darauf hin, dass auch militant-laizistische Offiziere, die mit Erdoğan's Innen- und Außenpolitik unzufrieden waren und befürchteten, nicht befördert oder gar aus der Armee ausgeschlossen zu werden, an dem Putschversuch beteiligt waren. Zu unterstreichen ist auch, dass der Putschversuch etwa einen Monat vor der alljährlichen Sitzung des Obersten Militärrates (*Yüksek Askeri Şura*) stattfand, bei der die Entfernung illoyaler Offiziere auf der Tagesordnung stand.

Viel ist über die genaueren Beweggründe, Ziele und politischen Vorstellungen der Putschisten bisher nicht bekannt. Ungeklärt bleibt zudem die Rolle des türkischen Geheimdienstes (*Millî İstihbarât Teşkilâtı*, MİT), der laut Medienberichten statt des Ministerpräsidenten zuerst den Generalstabschef Hulusi Akar informiert haben soll. Eine veröffentlichte Videoaufnahme zeigt den Besuch eines hochrangigen Vertreters des MİT beim Generalstab am späten Nachmittag des 16. Juli. Nach dem Putschversuch räumte Staatspräsident Erdoğan nachrichtendienstliche Schwächen ein, wenngleich er den Chef des türkischen Geheimdienstes, Hakan Fidan, bisher nicht zur Rechenschaft gezogen hat.

Offen ist außerdem die Frage, warum Generalstabschef Akar, statt sich in Sicherheit zu bringen, weiterhin in seinem Büro blieb, wo er dann als Geisel genommen wurde. Eine mögliche Erklärung ist, dass er vor einer Stellungnahme erst einmal abwarten wollte, welche Kräfte die Oberhand gewinnen. Es ist aber durchaus auch möglich, dass der Generalstabschef und Teile der Putschisten erst durch die Regierung umgestimmt werden mussten, sich nicht am Putsch zu beteiligen. Entscheidend war in jedem Falle die Parteinahme des Kommandanten der Ersten Türkischen Armee (*Birinci Ordu*) für Erdoğan. Er informierte Erdoğan über die Vorgänge und bewahrte den Staatspräsidenten vor der Verhaftung durch die Putschisten; dieser hatte so die Möglichkeit, nach Istanbul zu entkommen.

Zu den entscheidenden Gründen für das Scheitern des Putsches gehört, dass sich die Armeeführung gegen die Putschisten stellte und regierungstreue Offiziere Widerstand leisteten. Die Putschisten standen außerhalb der Befehlskette und konnten weder den Generalstabschef noch die obersten Heereskommandanten als Unterstützer für sich gewinnen, wie es etwa bei dem Militärputsch von 1960 der Fall war.

Auch die Oppositionsparteien im Parlament stellten sich gegen den Putschversuch, der gegen eine Regierung und einen Staatspräsidenten gerichtet war, die das Land autoritär führen, jedoch demokratisch gewählt sind.

Im Gegensatz zu vorherigen – erfolgreichen – Militärputschen lag weder eine auslösende Staatskrise noch eine starke Legitimationserosion oder Ohnmacht der Regierung vor. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren die geheimdienstlichen Kompetenzen und Befugnisse des Militärs stark eingeschränkt worden waren. In der Vergangenheit hatten Regierung, Premierminister und Staatspräsident erst von den Putschvorgängen erfahren, als bereits die Panzer rollten.

MACHTGEWINN ODER MACHTVERLUST?

Erdoğan reagierte auf den Putschversuch mit drei Strategien: *erstens* mit der Mobilisierung der Massen, um seine Verwundbarkeit zu kompensieren und die Initiativhoheit zurückzugewinnen. Damit hat er möglichen nachfolgenden Putschversuchen einen Riegel vorgeschoben. Bei der Massenmobilisierung kam eine nationalistische Rhetorik zum Einsatz – darunter Vorwürfe einer angeblichen Mittäterschaft der USA und der NATO sowie einer mangelnden Solidarität der EU-Staaten. Der Einsatz derartiger rhetorischer Mittel sowie die Einbeziehung der Religionsbehörde in die Mobilisierungsstrategie sind Zeichen einer stärkeren Verflechtung von Religion, nationalistischen Tendenzen und Politik; eine solche Verquickung dürfte in der grundsätzlich laizistisch strukturierten Türkei die schon vorhandene gesellschaftliche Polarisierung entlang religiöser und ethnischer Linien zusätzlich stärken.

Zweitens erfolgte der Versuch, eine anti-militaristische Front herzustellen. Es kam in der Tat zu einer Annäherung zwischen Regierung und Opposition: Erdoğan traf sich zu Konsultationen mit den Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) im Präsidentenpalast, ließ Beleidigungsklagen fallen und erlaubte Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Taksim-Platz. An der Großkundgebung in Istanbul nahmen neben dem Generalstabschef auch die Vorsitzenden der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, und der MHP, Devlet Bahçeli, teil. Gleichwohl war der Burgfrieden von Anfang an fragil und basierte – statt auf einer Einigung mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung – vielmehr auf einer Gegnerschaft zur Gülen-Bewegung.

Drittens reagierte Erdoğan mit Repression auf die Putschisten, die Kritikern zufolge auch die linke Opposition mit einschloss. Vier Tage nach dem Putschversuch stimmte das türkische Parlament der Verhängung eines dreimonatigen Ausnahmezustands durch Präsident Erdoğan zu, was ihm nicht nur das Regieren per Dekret erlaubt, sondern auch die Verfügung von Ausgangssperren, Demonstrationsverboten und Einschränkung der Pressefreiheit ermöglicht. Zehntausende von Menschen – Offiziere, Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Lehrer, Geschäftsleute, Journalisten – wurden vom

Dienst suspendiert oder festgenommen, Akademiker durften nicht ausreisen oder mussten die Rückreise in die Türkei antreten. Zahllose private Vorbereitungsschulen, Universitäten, Medienhäuser, Stiftungen, Verbände, Gesundheitseinrichtungen und andere Institutionen mussten schließen.

Mit einem Dekret (Nr. 669) vom 25. Juli 2016 (gültig ab 31. Juli 2016) wurden die türkischen Streitkräfte dezentralisiert; die Militärpolizei (Gendarmerie), die Polizei und die Küstenwache wurden dem Innenministerium, die Land-, Luft- und Seestreitkräfte dem Verteidigungsminister sowie der Generalstabschef dem Staatspräsidenten unterstellt – eine Umstrukturierung, die die parlamentarische Kontrolle nicht stärkt, sondern das Amt des Staatspräsidenten gegenüber dem des Ministerpräsidenten und der Legislative weiter aufwertet und somit mittelbar das Problem der Doppelexekutive vergrößert.

All dies deutet nicht auf eine demokratische Wende, sondern vielmehr auf die Fortsetzung des repressiven Kurses hin. Gleichwohl ist Erdoğan's Macht geschwächt; er steht als ein Staatspräsident da, der trotz großer Machtfülle den Putschversuch nicht verhindern konnte. Erdoğan's Ausspruch, der Putschversuch sei ein „Geschenk Gottes“, galt der Entlarvung der angeblichen „Unterwanderung“ des Staats durch Gülen-Anhänger und die dadurch entstandene Chance, effektiv gegen sie vorzugehen. Sein Ausspruch erweist sich jedoch als Januskopf: Die Erinnerung an den bisherigen Umgang mit ähnlichen Fällen legt nahe, dass der Putschversuch als willkommener Anlass genommen wird, um gegen Oppositionelle vorzugehen und politische Ziele (Präsidialsystem, persönliche Machtkonsolidierung) zu erreichen. Die Ermittlungen und Verhaftungen in Sicherheitsorganen und Justiz sowie die Dezentralisierung des Militärs werden die prekäre Sicherheitslage der Türkei verschlechtern. Aufgrund der nationalistischen Rhetorik werden die Beziehungen zur Europäischen Union, zu den USA und zur NATO angespannt bleiben. Für die suspendierten Beamten und Staatsbediensteten müssen neue eingestellt werden, die nun aus dem konservativ-religiösen Milieu rekrutiert werden. Eine Experten zufolge bevorstehende Säuberungswelle in der AKP wird auch die Regierung destabilisieren. Durch all dies hat sich Erdoğan's Handlungsspielraum keinesfalls erweitert. Er ist stärker denn je auf neue Allianzen – etwa mit den säkularen Staats- und militärischen Eliten – angewiesen, was seinem repressiven Kurs früher oder später Grenzen setzen könnte. Eine weitere Schranke für Erdoğan's Machtanspruch ist die Wirtschaft. Seitdem die AKP primär darauf zielt, ihre Macht zu konsolidieren, hat sie ökonomische Ziele und Entwicklungen vernachlässigt beziehungsweise dem Populismus geopfert.

Insofern liefern die wirtschaftlichen Probleme eigentlich einen starken Anreiz für die Regierung und den Präsidenten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Medienfreiheit zu stärken. Ob die Exekutive dies zur Kenntnis nimmt, wird auch von der Politikfähigkeit der Opposition abhängen.